

Wilhelm-Kell

Von: Info - GRÜNE Bundestagsfraktion [Info@gruene-bundestag.de]
Gesendet: Freitag, 17. Mai 2013 13:11
An: hwk-LA@online.de
Betreff: Ihr Schreiben vom 25.04.2013

Sehr geehrte Damen und Herren der Lausitzer Allianz/Łužiska Alianca/Łužyska Alianca, Sehr geehrter Herr Kell,

vielen Dank für Ihren Brief vom 25. April 2013 zur Umsetzung der Energiewende und der Zerstörung ganzer Landstriche in der Lausitz durch den Braunkohletagebau. Sie stoßen bei Bündnis 90/Die Grünen damit auf offene Ohren.

Will Deutschland das Klimaziel erreichen, die Erwärmung der Atmosphäre auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, brauchen wir bis 2050 eine vollständige Energieversorgung ohne Ausstoß von Treibhausgasen. Dieses Ziel ist mit dem Neubau von Braunkohlekraftwerken jedoch nicht zu erreichen. Braunkohlekraftwerke stoßen pro erzeugter Kilowattstunde dreimal mehr CO₂ aus, als zum Beispiel ein Gaskraftwerk. Damit hat Braunkohle im Energiemix von morgen keinen Platz mehr. Der Braunkohleabbau zerstört darüber hinaus großflächig Landschaft und Natur, beraubt Menschen ihrer Heimat und stellt sich immer mehr als Wirtschaftsbremse dar – er zählt immer weniger Beschäftigte und behindert zugleich die Entwicklung von Alternativen – in der Lausitz und anderswo in Deutschland. Die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen verzichtet daher darauf, neue Tagebaue aufzuschließen. Diesem Beispiel sollte auch die rot-rote Landesregierung in Brandenburg folgen. Doch stattdessen planen große Energiekonzerne in der Lausitz – unter Billigung von SPD und LINKEN neue Tagebaue klimaschädliche Braunkohlekraftwerke. Dabei ist eine klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung auch

nach Abschalten der letzten Atommeiler ohne Braunkohle möglich. Anders als etwa die Ministerpräsidenten der Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen in einem Positionspapier behaupten, ist die Braunkohle als Brückentechnologie ungeeignet. Mit einem Fortbestand der Braunkohleverstromung wird verhindert, dass wir unser Klimaziel erreichen und die Entwicklungschancen der betroffenen Regionen werden verspielt. Über viele Jahre führten die großen vier Energieunternehmen die CCS-Technologie als Möglichkeit ins Feld, um „grünen“ Kohlestrom zu erzeugen. Doch CCS bei der Stromerzeugung ist keine Antwort auf die drängende Frage nach einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Die dauerhafte und gefahrlose unterirdische Lagerung des Kohlendioxids ist keinesfalls garantiert. Der Einsatz der CCS-Technologie ist teuer und riskant für Mensch und Umwelt.

Dank des rasanten technischen Fortschritts im Bereich der erneuerbaren Energien können Sonne, Wind und Wasser nicht nur den Atomstrom, sondern auch die Braunkohle in absehbarer Zeit vollständig ersetzen. Die unflexiblen und klimaschädlichen Kohlekraftwerke, die zum Hochfahren mehrere Stunden benötigen, passen nicht in den Energiemix der Zukunft, mit einer hohen Einspeisung fluktuierender Energieträger wie Wind und

Sonne. Gaskraftwerke beispielsweise sind besser geeignet, einzuspringen, wenn der Wind einmal nicht weht oder die Sonne nicht scheint.

Bündnis 90/Die Grünen nehmen Klimaschutz und Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung ernst. Wir wollen eine saubere Umwelt, intakte Landschaften, zukunftsfähige Jobs und unser Klima schützen. Das gilt für die Lausitz genauso wie für alle weitere Regionen in Deutschland. Mit abgebaggerten Dörfern und verheizten Landschaften muss Schluss sein. Wir wollen das überkommene deutsche Bergrecht aus dem 19. Jahrhundert und der NS-Zeit so reformieren, dass es endlich auch die Interessen der Betroffenen respektiert. Dazu haben wir in dieser Legislaturperiode mehrere parlamentarische Initiativen (u.a. den Antrag ‚Ein neues Bergrecht für das 21. Jahrhundert‘ Drucksache 17/8133, den Gesetzentwurf zur ‚Vereinheitlichung der bergrechtlichen Förderabgabe‘ Drucksache 17/9390 oder den Gesetzentwurf zur ‚Änderung des Bundesimmissionschutzgesetzes‘ Drucksache 17/156) eingebracht, die jedoch mit der Mehrheit des Bundestages abgelehnt wurden. Neue Braunkohlekraftwerke und Braunkohletagebaue sind dann nicht mehr vorstellbar.

Bündnis 90/Die Grünen wollen möglichst bis 2030 die Stromversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen. Die Energiezukunft hat längst begonnen. In einigen Bundesländern wird heute bereits

ein Drittel bis die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Quellen erzeugt. Hunderttausende neuer Arbeitsplätze wurden geschaffen, vor allem auch in den östlichen Bundesländern. Ein Zurück zur Braunkohle ist vor diesem Hintergrund für uns Grüne undenkbar.

Mit freundlichen Grüßen

Caroline Ilawa
Info-Service der Bundestagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag
11011 Berlin

Mehr Infos: www.gruene-bundestag.de

Bitte lassen Sie uns gerne wissen, wenn wir Ihre Kontaktdaten dazu nutzen dürfen, Sie über zukünftige Veranstaltungen und die parlamentarische Arbeit der Fraktion zu informieren. Ihre Kontaktdaten werden selbstverständlich absolut vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

=====

P **Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese E-Mail ausdrucken.**
Please consider the environment before printing this e-mail.